

Nr. 4/1973 Dezember

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 16. November 1973 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co. GmbH., 404 Neuss, Xantener Straße 7

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Zur Jahreswende 1973/74 zeichnet sich für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse in der BRD eine bedrohliche Entwicklung ab: weiterhin stagnierende Reallöhne bei erhöhter Unsicherheit der Arbeitsplätze aufgrund effektiver zyklischer Abwärtstendenzen in einigen vorwiegend von der Inlandnachfrage abhängigen Industriezweigen, besonders in der Bau- und Textilindustrie. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober d. J. 1,2 Prozent, was einer Arbeitslosenzahl von 267 000 entsprach. Die zyklische Abwärtsbewegung wäre noch ausgeprägter, würde die Exportlastigkeit der BRD-Industrieproduktion nicht übernormal anhalten. Während die Inlandsaufträge von Juli bis September d. J. im Vorjahresvergleich beständig zurückgingen von +10,3 bis auf +2,8 Prozent, erreichten die aus dem Ausland im September +41 Prozent. Der Auslandsumsatz betrug im August 1973 auf August 1972 fast das Doppelte des Gesamtumsatzes der Industrie, nämlich +22,3 zu +12 Prozent. Zum Jahresende wird ein bisher unerreichter Exportüberschuß von 30 Mrd. DM erwartet. Der Export als hauptsächlicher Konjunkturträger trug wesentlich dazu bei, daß sich das reale BSP im 1. Hj. 1973 gegenüber dem 1. Hj. 1972 um +6 Prozent erhöhte.

Exportüberschuß, expansive Kreditausdehnung insbesondere seitens der Großbanken sowie spekulative Devisenzuströme von 5 Mrd. DM im September 1973 trieben die Inflationsraten durch wachsenden Geldüberhang weiter in die Höhe: Anstieg des Preisindex für Industrieprodukte von Oktober 1972 bis Oktober 1973 +6,9, für die Preise der Lebenshaltung (alle Haushalte) +6,6 Prozent.

Gegenwärtig wird unter Hinweis auf die von den USA ausgelöste Erdölkrise

von möglichen Stagflationstendenzen in der BRD systematisch abzulenken versucht. Obwohl bislang keine Einschränkung arabischer Erdöllieferungen in die Bundesrepublik erfolgte, konnte es zu Engpässen kommen, weil Mineralölverarbeitung und -produktabsatz in der Hand der angloamerikanischen Konzerne liegen, die im Zuge einer die USA begünstigenden Verknappungsstrategie besonders hohe Extraprofite erzielen wollen, um zudem die Folgen der teilweisen Nationalisierung ihrer Anteile in einigen arabischen Ölstaaten zu kompensieren. Die Preissteigerungen für Erdölprodukte in der BRD stehen jedenfalls in keinem Verhältnis zu den weitaus geringeren für Rohöl ab Erzeugerland.

Unversehens trat überdies die energiepolitische Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung zutage, während sich eine drohende Energiekrise schon seit Jahren hier wie in den USA abzeichnete. Der Verzicht auf eine hohe einheimische Kohlenproduktion und -verwertung auf Betreiben der internationalen Mineralölkonzerne erweist sich jetzt als besonders verhängnisvoll.

Die Energiekrise wird inzwischen auch zum politischen Druckmittel gegen die Gewerkschaften benutzt, auf eine aktive Lohnpolitik zu verzichten. Wurde schon vor der akuten Anspannung des Mineralölmarktes seitens der Bundesregierung und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärt, nur eine Lohnpause verhindere Inflation oder Stagnation, so soll sie von nun an durch ein angebliches Ölembargo gegenüber der BRD leichter erzwungen werden. Eine Art Schock„therapie“ soll von hohen Unternehmensprofiten und einer ausgezeichneten Selbstfinanzierungsquote (79 Prozent im 1. Hj. 1973) ablenken.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigtem

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Aufwendungen für Freizeit und Urlaub

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe
und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Im 1. Hj. 1973 trieb die Inflation das nominale BSP um + 12,1 Prozent über den entsprechenden Vorjahresstand hinaus, real wurden + 6,0 Prozent mehr als im 1. Hj. 1972 erwirtschaftet. Die Spanne beim NSP zu Marktpreisen lag zwischen nominalen + 12,3 und realen + 5,9 Prozent.

Entwicklung des Sozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1962	
	BSP	NSP zu Marktpreisen	BSP	NSP zu Marktpreisen
1972, 1. Hj.	+ 9,3	+ 9,2	+ 2,6	+ 2,1
1972, 2. Hj.	+ 9,2	+ 9,1	+ 3,3	+ 2,9
1973, 1. Hj.	+ 12,1	+ 12,3	+ 6,0	+ 5,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 519)

Am Zuwachs des BIP waren bei nominaler Rechnung alle Wirtschaftsbereiche verhältnismäßig gleich beteiligt, real waren die Unterschiede indes erheblich. Am stärksten machten sich hier die laufenden Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Erzeugung einschließlich der Betriebsmittel sowie — bei Handel und Verkehr — die Mitte 1972 erhöhten Postgebühren bemerkbar.

Der hohe Beitrag des Warenproduzierenden Gewerbes in konstanten Preisen — mit + 7,1 Prozent lag es an der Spitze aller Bereiche — ist auf die exportinduzierte Produktionsausdehnung der verarbeitenden Industrie und die damit gleichzeitig verlaufende Expansion der Energiewirtschaft zurückzuführen: realer Zuwachs jeweils + 8 Prozent. Dagegen belief sich das Wachstum in konstanten Preisen des Bergbaus auf + 1, des Baugewerbes auf + 2,5 Prozent.

Im Dienstleistungssektor machten sich Mietsteigerungen sowie massivere Preisanhebungen bei den Dienstleistungsunternehmen im Hinblick auf das relativ schwache Realergebnis bemerkbar.

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum BIP in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	In jeweiligen Preisen					
	BIP Insg.	Land- u. Forstw.	Warenprod. Gewerbe	Handel, Verkehr	Dienstleistg.	Staat, priv. Haush. u. ä.
1972, 1. Hj.	+ 9,4	+ 9,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 12,7	+ 12,4
2. Hj.	+ 9,0	+ 11,6	+ 7,8	+ 9,2	+ 12,2	+ 12,7
1973, 1. Hj.	+ 12,3	+ 12,4	+ 11,9	+ 13,6	+ 13,6	+ 12,2
	In Preisen von 1962					
1972, 1. Hj.	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,9	+ 1,7	+ 3,6	+ 4,8
2. Hj.	+ 3,2	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,9
1973, 1. Hj.	+ 6,2	+ 2,0	+ 7,1	+ 6,5	+ 4,9	+ 3,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 521)

Was die Verwendung des BSP im 1. Hj. 1973 im Vergleich zum 1. Hj. 1972 betrifft, so profitierten von der Inflation die Unternehmen auf Kosten des öffentlichen und privaten Verbrauchs: die Investitionen erreichten eine beachtliche reale Steigerungsrate (von + 2,4 auf + 3,6 Prozent), während der private Verbrauch stagnierte, der öffentliche zurückging (von + 5,1 auf + 2,8 Prozent).

Verwendung des BSP; Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	In jeweiligen Preisen			
	BSP Insg.	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Investitionen
1972, 1. Hj.	+ 9,3	+ 9,4	+ 12,9	+ 7,0
2. Hj.	+ 9,2	+ 9,2	+ 12,1	+ 5,3
1973, 1. Hj.	+ 12,1	+ 11,4	+ 13,2	+ 8,2
	In Preisen von 1962			
1972, 1. Hj.	+ 2,6	+ 3,9	+ 5,1	+ 2,4
2. Hj.	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,7	+ 1,4
1973, 1. Hj.	+ 6,0	+ 3,9	+ 2,8	+ 3,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 523)

Folgt man den Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (im folgenden: Arbeitsgemeinschaft), so soll das reale Jahresplus des privaten Verbrauchs — entsprechend angenommener sinkender Abhängigeneinkommen — von + 4,5 Prozent in 1973 auf + 4 Prozent in 1974 absinken.

Was die Prognose der Arbeitsgemeinschaft hinsichtlich der Entwicklung des Sozialprodukts überhaupt für 1974 angeht, wird eine verstärkte Inflation und eine spürbare Abschwächung des realen BSP-Wachstums angenommen: BSP, nominal + 10,5, real nurmehr + 3 Prozent.

Der absolut stärkste Einbruch wird beim Export erwartet von + 16 Prozent des BSP 1973 auf + 7 Prozent 1974, danach bei den Anlageinvestitionen von + 3 auf + 1 Prozent. (Die Lage der Wirtschaft u. d. westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1973, Tabellenanhang.)

Würde sich diese Tendenz bestätigen, wären ernsthafte Krisenerscheinungen in der BRD nicht auszuschließen. Immer wieder muß in diesem Zusammenhang an die Verpflichtung der Gewerkschaften hingewiesen werden, ihre Lohnpolitik schon jetzt, bei noch anhaltendem Exportboom, auf den Krisenfall abzustellen, um sofort für Lohnzuwachsrate zu sorgen, welche Stagnation und Rückgang der realen Abhängigkeitsinkommen (s. Kzf. 3.5) überwinden, um so zumindest indirekt eine Belebung der Verbrauchsgüterproduktion anzuregen. Die 1971/72 ausgehandelten Tarifabkommen waren ein Beispiel für den umgekehrten Weg: Rückgang des privaten Verbrauchs, drohende Stagnation bei der Konsumgüterindustrie, aber Grundlage vor allem für steigende Exportgewinne, höhere private Kapitalakkumulation und damit auch für die Inflation. Der Zusammenhang von Inflation und Profitmaximierung kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß trotz der Restriktionspolitik der Bundesbank im Juli und August 1973 Bankkredite an Unternehmen in Höhe von ca. 5,2 Mrd. DM gewährt wurden. Damit nahmen die Geld- und Quasigeldbestände Ende August 1973 binnen Jahresfrist um + 17,1 Prozent zu, waren also fast dreimal so hoch wie das reale BSP im 1. Hj. 1973.

An der Kreditausweitung waren in diesem Zeitraum allein die privaten Großbanken und die Zweigstellen ausländischer Banken mit jeweils 22,4 Prozent beteiligt, während die Banken insgesamt auf einen Durchschnittsanteil von 13,9 Prozent kamen. Angegeben nach Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1973, S. 6, 11, 2* f.)

Einem gegenüber dem 1. Hj. 1972 um + 12,1 Prozent höheren nominalen BSP stand im 1. Hj. 1973 ein Realzuwachs von + 6 Prozent gegenüber. Den höchsten realen Beitrag zur Erstellung des realen Inlandsprodukts erzielte das Warenproduzierende Gewerbe (+ 7,1 Prozent im Vorjahresvergleich), den niedrigsten leistete die Land- u. Forstwirtschaft (+ 2 Prozent) bei einer Nominalrate von + 12,4 Prozent. Der Grund für die hohe Spanne lag in Preissteigerungen bei der landwirtschaftlichen Erzeugung. Gegenüber dem 1. Hj. 1972 stagnierte im 1. Hj. 1973 die reale Zunahme des privaten Verbrauchs bei + 3,9 Prozent, der Staatsverbrauch ging von + 5,1 auf + 2,8 Prozent zurück, die Investitionen stiegen von + 2,4 auf + 3,6 Prozent. 1974 soll der private Verbrauch — im Jahresdurchschnitt 1973/74 — von 4,5 auf + 4 Prozent zurückgehen, die Steigerung des BSP von real + 6 auf + 3 Prozent. Weit mehr als das reale BSP nahmen von August 1972 auf August 1973 die Geld- und Quasigeldbestände zu: + 17,1 Prozent.

1.2 Industrieproduktion

Obwohl das Produktionstempo in den Ferienmonaten Juli bis September zurückhaltender als sonst ist, blieb der Ausstoß mit + 7,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau dennoch bemerkenswert hoch. Die Indikatoren besonders in den exportintensiven Industriezweigen deuten überdies darauf hin, daß eine merkliche Abschwächung in den kommenden Monaten nicht zu erwarten ist.

Dafür machen sich Stagnationserscheinungen in einigen Sparten der Verbrauchsgüterindustrie verstärkt bemerkbar.

Zunahme der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1972			1973		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 9,8	+ 8,2	+ 8,0

(Quelle: INFO 3/1973, S. 3; BMWI Tagesnachrichten, 6. 11. 1973; Wirtschaft u. Statistik, 10/1973, S. 561*)

Aufgeschlüsselt nach Monaten erhöhte sich die Industrieproduktion netto wie folgt:

Veränderung des Nettoproduktionsindex von Juli bis September 1973 (gesamte Industrie)

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Zunahme geg. d. Vorj. in %	
	1972	1973	1972	1973
Juli	153,8	158,6	+ 1,7	+ 3,1
August	144,2	155,6	+ 3,3	+ 7,9
September	168,6	188	+ 4,1	+ 11,2

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1973, S. 65*; BMWI Tagesnachrichten, 6. 11. 1973)

Daß sich der Druck der sog. Stabilitätspolitik stärker auf die Verbrauchsgüterindustrie auszuwirken beginnt — Folge sinkender realer Massenkaufkraft und labiler Arbeitsmarktlage —, Investitions- und Produktions- wie Grundstoffindustrien dagegen noch expandieren — im Widerspruch zu den Zielen der „Stabilitätspolitik“ —, geht aus folgender Aufstellung hervor. Beachtlich sind dabei die absoluten Produktionsrückgänge im Verbrauchsgütersektor im Juli und August. Seit der Krise 1967 war eine absolute Minderausbringung nur einmal, im Juni 1970 (− 0,7 Prozent zu Juni 1969) zu verzeichnen gewesen.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industriesparten

	Investitionsgüterindustrie		Verbrauchsgüterindustrie		Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Juli	144,0	146,6	144,3	137,6	187,0	204,1
August	126,4	139,7	136,0	135,6	181,3	203,3
September	161,8	186	168,9	185	197,0	221

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Juli	− 2,6	+ 1,8	+ 6,2	− 4,6	+ 3,7	+ 9,1
August	+ 3,9	+ 10,5	+ 4,8	− 0,3	+ 4,0	+ 12,1
September	+ 1,1	+ 14,8	+ 7,2	+ 9,5	+ 6,4	+ 12,1

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1973, S. 65*; BMWI Tagesnachrichten, 6. 11. 1973)

Wie schon zur Jahresmitte, so sind die Aussichten für den weiteren Fortgang von Produktion und Absatz uneinheitlich. Die Spannweite reicht von weiterer Belebung bis zu Anzeichen einer aufkommenden Rezession.

Nach dem ifo-Konjunkturtest vom September d. J. beabsichtigen die Investitions- und Produktionsgüterindustrie eine, wenn auch leichte Ausdehnung der Produktion; nur im Maschinenbau wird derzeit bereits Zurückhaltung geübt.

Die Bauwirtschaft ist allerdings schon von einer ernsthafteren Krise erfaßt worden. Finanzierungsschwierigkeiten, Insolvenzen, sinkende Kapazitätsauslastung und ein minimaler Auftragsbestand (im Durchschnitt 2,5 Monate) markieren die Situation. Die Unternehmenskonzentration im Bauwesen wird daher schneller voranschreiten, die Beschäftigtenzahlen strukturell sinken.

Auch im Verbrauchsgüterbereich beginnen die ungünstigen Beurteilungen zu überwiegen. Nach dem ifo-Konjunkturtest dürfte es bald zu Produktionseinschränkungen in allen Sparten kommen (ifo Schnelldienst, 43/1973, S. 3).

Am schwersten ist hier die Textilindustrie betroffen. Mehr und mehr wird die Produktion gedrosselt. Nachdem im 1. Vj. 1973 gegenüber dem Vorquartal schon um − 1,9 Prozent weniger ausgebracht wurde, aber immerhin noch das Ergebnis

im Vergleich zum 1. Vj. 1972 um + 4,6 Prozent übertroffen wurde, sank schließlich im 2. Vj. 1973 der Ausstoß zum Vorquartal um − 8,7 Prozent, gegenüber dem 2. Vj. 1972 ebenfalls um − 7,7 Prozent.

Unter dem Quartaldurchschnitt von + 8,6 Prozent im Vorjahresvergleich blieben zudem der Kohlenbergbau (− 4,9 Prozent) und die Ernährungsindustrie (+ 5,9 Prozent), während der konjunkturrempfindliche Maschinenbau aufgrund der stürmischen Auslandsnachfrage auf + 9 Prozent anzog (1. Vj. 1973/1. Vj. 1972 + 1,7 Prozent).

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industrien

	1973, 1. Vj.	1973, 2. Vj.	Verändg. i. % geg. d. Vorj.	
	1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Industrie, insg.	172,2	186,4	+ 8,3	+ 8,6
Kohlenbergbau	79,7	74,3	− 6,8	− 4,9
Eisenschaff. Industrie	155,6	161,1	+ 3,5	+ 10,8
Chemische Industrie	293,5	310,4	+ 5,8	+ 15,7
Maschinenbau	127,5	147,0	+ 15,3	+ 9,1
Straßenfahrzeugbau	206,8	220,2	+ 6,5	+ 10,8
Elektrotech. Industrie	216,9	239,0	+ 10,2	+ 12,5
Textilindustrie	151,2	138,0	− 8,7	− 7,7
Ernährungsindustrie	136,8	154,0	+ 12,6	+ 5,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 504 f.; INFO 4/1972, S. 3; 3/1973, S. 3)

Nicht nur der Maschinenbau, sondern die gesamte Investitionsgüterbranche profitierte von den permanent hohen Auslandsaufträgen. Sie sind in der gegenwärtigen Konjunkturphase alleiniger Motor relativ kräftiger gesamtwirtschaftlicher Produktion und — allerdings langsam nachlassender — Beschäftigung. Selbst bei inflationsbedingtem geringerem Realwert der Auftragsgänge ist die Auslandsnachfrage als anormal zu bezeichnen.

Der Bestelleingang insgesamt wäre ansonsten weit niedriger als + 15,9 Prozent im Durchschnitt der Monate Juli bis September 1973 gegenüber demselben Vorjahreszeitraum, zumal selbst die Investitionsgüterindustrie im Durchschnitt dieser Monate gegenüber denen des Vorjahrs nur + 5,8 Prozent Inlandorders meldete.

Index der industriellen Auftragsgänge (ohne Bergbau, Nahrung- und Genußmittelindustrie, öffentliche Energiewirtschaft) 1970 = 100

	Auftragsindex	Veränderung in % gegenüber d. Vorjahr	
		Vormonat	Vorjahr
Juli	121	− 2,4	+ 20,0
August	116	− 4,1	+ 16,3
September	127	+ 9,5	+ 11,8

(Quelle: BMWI Tagesnachrichten, 6. 11. 1973)

Differenziert nach Inland- und Auslandorders zeigt sich jedoch:

	Inland-Aufträge		Ausland-Aufträge	
	Index 1970 = 100	%-Zunahme geg. d. Vorj.	Index 1970 = 100	%-Zunahme geg. d. Vorj.
Juli	111	+ 10,3	154	+ 53,1
August	110	+ 9,4	137	+ 37,8
September	116	+ 2,8	162	+ 41,0

(Quelle: BMWI Tagesnachrichten, 6. 11. 1973)

Im Einklang mit der relativ schwächeren Ausbringung der Industrie in den Ferienmonaten Juni–August nahm der Absatz von Industrieprodukten im Vormonatsvergleich sowohl insgesamt als auch in das Ausland im Juni und Juli absolut ab, um im August nur zögernd zuzunehmen. Offensichtlich ist die Industrie bestrebt, ihre hohen Auftragsbestände verkaufsmäßig längerfristig zu strecken.

Daß aber fast 50 Prozent der Absatzerlöse aus dem Auslandsgeschäft fließen, zeigt ein Vergleich der Gesamt- mit den

Auslandsumsätzen gegenüber dem Vorjahr. Die hohen Absolutziffern sind auf inflationäre Einflüsse zurückzuführen.

Umsatzveränderg. in Prozent gegenüber dem

	Vormonat		Vorjahr	
	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz
Juni	— 4,2	— 6,5	+ 7,3	+ 13,0
Juli	— 5,2	— 6,2	+ 12,0	+ 19,2
August	+ 2,7	+ 0,6	+ 12,0	+ 22,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1973, S. 557*)

Eindeutiger als zur Jahresmitte erweist sich die Investitions- und Produktions- wie Grundstoffindustrie infolge weiterhin überdurchschnittlicher Auslandsaufträge als konjunktureller Motor. Während die Zunahme der Inlandsaufträge im Zeitraum Juli bis September von +10,3 auf +2,8 Prozent abfiel, bewegten sich die Auslandsbestellungen zwischen +53,1 und 41 Prozent jeweils im Vorjahresvergleich. Im Inlandsgeschäft machen sich dementsprechend die ersten Stagnationserscheinungen bemerkbar, und zwar in der Konsumgüterindustrie, deren Ausstoß im Juli (—4,6 Prozent) und August (—0,3 Prozent) gegenüber den Vorjahresmonaten absolut zurückging, um im September mit +9,5 Prozent Zunahme saisonbedingt kompensiert zu werden, ohne aber die kräftigen Ausbringungsraten der Investitionsgüter- und Produktionsmittelindustrie (erstere im September +14,8, letztere +12,1 Prozent) zu erreichen. An den Umsatzergebnissen gegenüber dem Vorjahr (Juni bis August) läßt sich ablesen, daß fast 50 Prozent der Erlöse aus dem Auslandsgeschäft fließen. Würde hier ein konjunktureller Wandel einsetzen, wäre aufgrund der geplanten Produktionskürzungen in der Verbrauchsgüterindustrie eine allgemeine Stagnation nicht auszuschließen; denn die Investitionsgüterindustrie verbuchte von Juli bis September d. J. gegenüber dem gleichen Zeitraum 1972 lediglich +5,8 Prozent Inlandbestellungen.

1.3 Außenwirtschaft

Nach wie vor wird jede stabilitätsorientierte Maßnahme in der BRD durch die „ungedechte außenwirtschaftliche Flanke“ in ihr Gegenteil verkehrt. Waren es zu Beginn des Jahres die immensen Devisenzuflüsse infolge des raschen Dollarwertverfalls, so nach Einführung des freien Wechselkurses der D-Mark gegenüber dem Dollar die von Monat zu Monat schneller wachsenden Exportüberschüsse sowie das starke Zinsgefälle der BRD zum kapitalistischen Ausland, die einen unablässigen Geldeinstrom ins Inland hervorrufen.

Die Widersprüchlichkeit der Bundesbank-Zinspolitik angesichts der forcierten Exportkonjunktur liegt dabei auf der Hand, weil auf der einen Seite die Hochzinspolitik den von den Ausfuhrüberschüssen verursachten Geldüberhang zurückstauen soll, was jedoch auf der anderen Seite in verstärktem Maße ausländisches Geld anzieht. So hat im September d. J. die Bundesbank abermals einen Devisenzugang in Höhe von rd. 5 Mrd. DM aufnehmen müssen.

Basis der Devisenzuflüsse bleibt jedoch der ununterbrochene Ausfuhrüberschuß mit seiner steigenden Tendenz.

Handels- und Kapitalbilanzsaldo der BRD (in Mrd. DM)

	Januar — September 1972	September 1973
Handelsbilanz	+ 13,0	+ 22,8
Kapitalbilanz (+ Kapitalimport)	+ 10,7	+ 1,7
darunter:		
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 13,5	+ 2,4
Kurzfristiger Kapitalverkehr	— 2,8	— 0,7

(Quelle: BMWI Tagesnachrichten, 7. 11. 1973)

Das positive Handelsbilanzsaldo resultiert aus Exporten in Höhe von 128,9 Mrd. DM (+20 Prozent zum Vorjahreszeit-

raum) und Importen von 106,1 Mrd. DM (+13 Prozent). Der Saldo lag um +75,2 Prozent über dem desselben Vorjahreszeitraums.

Für das gesamte laufende Jahr wird mit einem positiven Saldo von ca. 30 Mrd. DM gerechnet.

Diese Konstellation verdeutlicht, daß Auf- oder Abwertungen zwecks Regulierung des Außenhandels nach marktwirtschaftlichen Vorstellungen wirkungslos bleiben. Der Grund dafür liegt in der monopolistischen Struktur von Produktion und Absatz im internationalen kapitalistischen Rahmen. So entfallen auf den EWG-Bereich allein 408 von den 500 größten europäischen Unternehmen, darunter 167,5 auf Großbritannien, 102,5 auf die BRD und 80 auf Frankreich (Handelsblatt, 9./10. 11. 1973). Demgemäß haben deren Preis- und Absatzstrategie den Kontakt mit „marktmäßig“ gesetzten Daten weitgehend verloren. In bezug auf die BRD stellt die Arbeitsgemeinschaft fest: Es gelang den Exporteuren, „zusätzlich zur aufwertungsbedingten Verteuerung — seit Ende 1972 zeitweise bis zu 20 % — die DM-Preise zu erhöhen“. (Die Lage der Weltwirtschaft . . . , S. 8.)

Da die stärkste monopolistische Vermachtung im schwerindustriellen Bereich vor sich geht, 56 Prozent der BRD-Gesamtausfuhr auf Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrie entfallen (Handelsblatt, 31. 10. 1973), erklärt sich somit die Griffllosigkeit des Aufwertungsinstruments.

Für den Import gilt natürlich das gleiche. Die Einfuhrpreise waren — nach einer Bankanalyse vom August d. J. — keine Bremse, sondern „Motor des Preisauftriebs“. Der starke Preisanstieg bei importierten Nahrungsmitteln und industriellen Vormaterialien trug wesentlich zur Verteuerung des Warenangebots im Endabsatz auf den Inlandsmärkten bei (Handelsblatt, 31. 10. 1973).

In ihrer Außenhandelsprognose für 1974 geht die Arbeitsgemeinschaft davon aus, daß sich die weltweite Investitionskonjunktur abflachen und damit auch der Nachfragesog aus dem Ausland nachlassen werde. Da die Exportwirtschaft allerdings über hohe Auftragsbestände verfüge, werden die Ausfuhr vermutlich bis weit ins nächste Jahr hinein kräftig zunehmen (Die Lage der Weltwirtschaft . . . , S. 12).

Das bedeutet jedoch: laufen die übernormalen Bestellungen aus dem Ausland infolge eines Umschlags des konjunkturellen Klimas aus, dann würden nur noch die schon gebuchten Auftragsbestände Produktion und Beschäftigung in den exportintensiven Industrien garantieren. Eine längerfristige Kapazitätsauslastung wäre nur dann in Sicht, wenn im Inland über den Weg erhöhter Massenkaufkraft der private Verbrauch zunähme. Ansonsten blieben nur staatliche Aufträge mit allen ihren preistreibenden Auswirkungen; denn diese Art von Konjunkturbelebung zielt immer auf rasche Einkommenseffekte ab ohne Rücksicht auf die soziale Qualität der geplanten Auftragsflut (s. Kzf. 1.4).

Die Kapitalbilanz schloß im ersten Dreivierteljahr 1973 mit einem positiven Saldo von 1,7 Mrd. DM ab. Hierbei ist der Zufluß im langfristigen Kapitalverkehr von 2,4 Mrd. DM von Belang.

Die wichtigsten Komponenten waren in dieser Hinsicht der Abbau langfristiger Kreditforderungen durch inländische Banken im Ausland, darunter in erheblichem Umfang auch vorzeitige Abtretungen derartiger „Forderungen gegen Gebietsfremde“ an Ausländer, die nicht genehmigungspflichtig sind. Weiterhin spielten eine Rolle die ausländischen Direktinvestitionen in der BRD in Höhe von über 3 Mrd. DM von Januar bis August.

Demgegenüber kam es im gleichen Zeitraum zu deutschen Direktinvestitionen im Ausland im Umfang von ca. 2,2 Mrd. DM.

Im kurzfristigen Kapitalverkehr kam es — statistisch — zu größeren Abflüssen im Geschäftsbankenbereich, vor allem

durch Rückgang der Auslandsverbindlichkeiten, was jedoch keineswegs einen wirklichen Geldtransfer ins Ausland bedeutete: bei inländischen Banken stehende Auslandsgelder wurden zu Zahlungen an Inländer verwendet, die eben keinen Abbau des Geldüberhangs mit sich brachten. Im September kam es erneut zu Geldimporten im Geschäftsbankenbereich in Höhe von netto 1,1 Mrd. DM. Der Deviseneinstrom aus dem euro-päischen Währungsblock in Höhe von 5 Mrd. DM, von denen netto als Restposten der Zahlungsbilanz fast 3 Mrd. DM in der BRD verblieben, erhöhten die Währungsreserven netto auf 98,2 Mrd. DM (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 9/1973, S. 40 ff., 10/1973, S. 6, 74 *).

Rekordhandelsbilanzsaldo von +22,8 Mrd. DM von Januar bis September d. J. gegenüber +13,0 Mrd. DM im entsprechenden Zeitraum 1972. Neuer Devisenzustrom im September d. J. um rd. 3 Mrd. DM netto. Währungsreserven bald 100 Mrd. DM. Struktur des Außenhandels vorwiegend von der expansiven Nachfrage nach Investitionsgütern bestimmt. Auf sie entfallen 56 Prozent der Gesamtausfuhr. Starke Inflationenwirkungen gingen von importierten Nahrungsmitteln und industriellen Vormaterialien aus. 1974 wird weiterhin mit hohen Exporten, aber geringeren Importen gerechnet.

1.4 Investitionen

Die labile konjunkturelle Verfassung und besonders die zwiespältige Nachfrage finden ihren sichtbaren Niederschlag in der Investitionstätigkeit sowie in den Investitionsprogrammen der Industrie in der BRD.

Der Investitions- ist der Kernprozeß der kapitalistischen Wirtschaft; er löst einen allgemeinen Boom aber nur dann aus, wenn die Rentabilität der Investitionen durch Nachfrage und Absatz der Endproduktion gesichert ist.

In dieser Hinsicht scheint in der BRD eine gesplante Entwicklung bevorzustehen: Zuversicht in den Bereichen der Investitionsgüterindustrie, die weiterhin mit hohen Exporten oder Staatsaufträgen rechnen können, Pessimismus da, wo die Binnennachfrage aufgrund des Drucks auf den privaten Verbrauch nachläßt.

Diese Differenzierung sollte beachtet werden angesichts der minimalen Investitionsausgaben bei der verarbeitenden Industrie von nominal +4 Prozent in 1973.

Nach den ifo-Investitionserhebungen ergibt sich für die verschiedenen Sektoren folgendes Bild:

Brutto-Anlageinvestitionen der verarbeitenden Industrie und des Bauhauptgewerbes in jeweiligen Preisen

	Mrd. DM	Wachstumsraten in %			
	1972	1972/71	1973/72	1974/73	
Verarbeitende Industrie	34,5	— 6	+ 4	+ 9	
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	13,3	— 8	— 1	+ 9	
Investitionsgüterindustrie	11,8	— 10	+ 5	+ 14	
Verbrauchsgüterindustrie	5,4	— 1	+ 10	+ 3	
Nahrungs- u. Genußmittelind.	4,0	+ 10	+ 6	± 0	
Bauhauptgewerbe	4,4	+ 10	± 0	— 20	

(Quelle: ifo Schnelldienst, 44/1973, S. 8)

Aufschlußreich sind die Verschiebungen im Zeitraum 1973/74. Da Investitionsplanung und -ausführung zeitlich relativ weit auseinanderliegen, richtete sich 1972 die Verbrauchsgüterindustrie auf höhere Absatzmöglichkeiten ein als die Investitions- und Grundstoff- wie Produktionsgüterindustrie. Zur Jahreswende 1972/73 mußten diese Überlegungen korrigiert werden: der politisch erzwungene Lohndruck ließ einen baldigen Rückgang der Verbrauchernachfrage erwarten, während die sprunghafte Zunahme der Auslandsbestellungen von Inve-

stitutions- und Produktionsgütern ein anhaltenderes Wachstum versprach. Im Herbst 1973 dürfte klageworden sein, daß diese differenzierte Entwicklung 1974 nicht abbricht. Die Verbrauchs-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie das Bauhauptgewerbe rechnen nicht mit höheren Ausgaben beim Massenverbrauch, ihr Investitionswachstum wird eingestellt.

Freilich liegt bei der Investitionsgüterindustrie das Schergewicht der Planung für 1974 nicht auf Kapazitätsausdehnung, sondern — mehr noch als 1973 — auf Rationalisierung. Eine forcierte Produktion soll also mit einer Reduzierung des Beschäftigtenstandes einhergehen, mithin durch Intensivierung der verbleibenden Arbeitskräfte erreicht werden. Eine vorsichtige Kapazitätserweiterung plant lediglich die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie.

Zielsetzung der Investitionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie

	Als Hauptziel Kapazitäts-erweiterung 1973	nannten . . . % der Unternehmen Rationali-sierung 1973	Erst- beschaffung 1973	1974	1974
Verarbeitende Industrie	31	28	48	48	21
darunter:					
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	28	31	53	49	19
Investitionsgüterind.	32	29	46	50	22
Verbrauchsgüterind.	29	19	48	55	23
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	36	23	40	31	24

(Quelle: ifo Schnelldienst, 44/1973, S. 8)

Die Problematik der privatunternehmerischen Investitionspolitik liegt in der fehlenden Gesamtplanung, welche die heftigen Schwankungen der einzelnen Bereiche verhindern könnte. Statt dessen wird kurzfristig auf eintretende Konjunkturwenden reagiert, was unmittelbare Auswirkungen hat auf Beschäftigung, Einkommen, kurz auf die Lebenslage der Arbeiterklasse.

Die Bundesregierung beabsichtigt unter Einsatz mehrerer Mrd. D-Mark stillgelegter Steuergelder, bedrohten Branchen zur Rentabilität zu verhelfen. Diese indirekte Subventionierung ersetzt — wie immer — eine notwendige Planung. Zunächst soll die Bauwirtschaft davon profitieren, später die private Industrie allgemein. Die Auftragsskala: Kauf von Lastwagen für die Bundeswehr, Bau von Kasernen und Kernkraftwerken, Bahnhöfen und Hauptpostämtern, Autobahnen, Straßen sowie Modernisierung des Bonner Regierungsviertels. (Wirtschaftswoche, 45/1973, S. 23)

Hiermit wird der Widerspruch kapitalistischer Wirtschaftspolitik allzu deutlich; denn um privater Profitsicherung willen wird die kaum begonnene sog. Stabilitätspolitik für den Unternehmensbereich suspendiert.

1.5 Beschäftigung

Nachlassende Aufträge und Produktion in einigen Wirtschaftsbereichen — vorerst bei der Textilindustrie und im Bau-gewerbe — führen zu wachsender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Gegenüber September stieg die Arbeitslosenzahl im Oktober 1973 um 47 700 (+21,8 Prozent) auf insgesamt 267 000 an. Im Vergleich zu Oktober vorigen Jahres erhöhte sich der Umfang der Arbeitslosigkeit um 52 100 (+24,2 Prozent), was einer Arbeitslosenquote von 1,2 Prozent entspricht.

Parallel mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit sank die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um 52 200 (—9 Prozent) gegenüber Oktober 1972. Vorsorglich reagieren die Unternehmen mit dem Abbau der offenen Stellen auf mögliche Produktions-

einschränkungen, von denen auch qualifizierte Arbeitskräfte betroffen werden könnten.

Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

	Arbeitslose (I)		Offene Stellen (II)		Differenz (II)-(I)	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Juli	197	217	601	666	404	449
August	198	222	596	648	398	426
September	195	219	594	613	399	394
Oktober	215	267	558	508	343	241

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1973, S. 552*; Handelsblatt, 8. 11. 1973)

Regional gesehen war die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg mit 6800 im Oktober 1973 auf Oktober 1972 (+49,2 Prozent) und Südbayern mit 6700 (+41,1 Prozent) am stärksten. Bei den offenen Stellen wurde im Baubereich die Zahl um -32 Prozent reduziert, im Textil- und Bekleidungsgewerbe um -36 Prozent.

In diesen Sektoren wurde auch die meiste Kurzarbeit eingeführt. Bei einer Gesamtzahl von 67 800 im Oktober 1973 entfielen allein auf das Bekleidungsgewerbe 34 600, auf die Textilindustrie 10 200. Mehrere hundert Unternehmen haben für weitere 85 000 Arbeitskräfte Kurzarbeit angekündigt.

Gemessen an der im Durchschnitt recht kräftigen Ausdehnung der industriellen Produktion bis September d. J. bewegte sich die Industriebeschäftigung nur zögernd nach oben, und zwar um rd. 70 000 Beschäftigte von April bis August 1973. Dabei stieg die Zahl der Arbeitskräfte um ca. 56 000.

Die monatsdurchschnittliche Gesamtbeschäftigtenzahl in der Industrie von 8,6 Mio., darunter 6,5 Mio. Arbeiter, im konjunkturellen Spitzenjahr 1970 wurde demgemäß in der zurückliegenden Konjunkturphase nicht erreicht; die Rationalisierungswelle trug dazu ebenso bei wie die Strukturschwäche in einigen vorwiegend auf den Inlandsabsatz angewiesener Industriesparten.

Industriebeschäftigung*

	Industriebeschäftigte insg.		darunter Arbeiter	
	in Mio.	Veränd. geg. d. Vorj. in %	in Mio.	Veränd. geg. d. Vorj. in %
1970	8,6	+ 3,6	6,5	+ 3,0
1971	8,5	- 0,8	6,3	- 2,0
1972	8,3	- 2,3	6,1	- 3,4
1972, April	8,33	- 2,7	6,12	- 3,8
August	8,35	- 2,3	6,13	- 3,4
1973, April	8,35	+ 0,2	6,10	- 0,3
August	8,42	+ 0,8	6,16	+ 0,5

(Quelle: Arbeits- u. sozialstatistische Mitteilungen, 8, 9/1973, S. 276; Wirtschaft u. Statistik, 10/1973, S. 557*)

Im Handwerk verringerte sich der Beschäftigtenstand im Zeitraum 1. Vj. 1972 zum 1. Vj. 1973 um -1,3 Prozent auf 3,89 Mio. Arbeitskräfte.

1.6 Umsatz je Beschäftigten

Die leichte Zunahme der Industriebeschäftigten ließ die bislang große Differenz zwischen dem Wachstum des Gesamtumsatzes und dem des Umsatzes je Beschäftigten in den Monaten Juni bis August d. J. etwas geringer werden.

Allein, nur im Juni übertraf die Zunahme des Gesamtumsatzes den Umsatz je Beschäftigten um bloße 0,4 Prozent. Ansonsten das übliche Bild: fast stagnierende Beschäftigtenzahl in der Industrie, aber massive Vergrößerung der Umsatzziffern je Beschäftigten.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäft. in 1000
1972, 1. Hj.	8,3	48,0	5,8
1973, 1. Hj.	8,3	54,0	6,5
	Veränd. geg. d. Vorj. i. %		
1972, 1. Hj.	- 3,5	+ 5,0	+ 9,4
1973, 1. Hj.	± 0	+ 12,5	+ 12,1

(Quelle: INFO 4/1972, S. 5; Wirtschaft u. Statistik, 10/1973, S. 557*)

Von Mai bis August d. J. ergab sich monatlich:

	Umsatz je Beschäftigten	Veränd. geg. d. Vorj. Beschäft.	Umsatz i. %	Umsatz je Beschäftigten
Mai	6,9	+ 0,4	+ 16,8	+ 16,9
Juni	6,6	+ 0,4	+ 7,2	+ 6,5
Juli	6,2	+ 0,7	+ 12,0	+ 10,7
August	6,4	+ 0,9	+ 13,5	+ 12,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik 9/1973, S. 501*; 10/1973, S. 557*; INFO 3/1972, S. 6, 4/1972, S. 5)

2 Unternehmergewinne

2.1 Bruttogewinne

Nachdem der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom Mai 1973 für das laufende Jahr eine 17prozentige Gewinnsteigerung (brutto) prognostiziert hatte, setzte eine systematische Verschleierungskampagne ein, um die Zuwachsraten optischer herunterzudrücken. (s. INFO 2/1973, S. 5; 3/1973, S. 6)

Keine andere Einkommensart wie die sog. Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kann zu Veröffentlichungs- und Steuerzwecken so manipuliert werden, daß die ausgewiesenen Gewinne nur noch einen geringen Teil der wirklich erwirtschafteten ausmachen.

Gerade nach dem Sondergutachten schien den Unternehmen ein solches Verfahren schon deshalb in einem größeren Umfang angebracht, weil der anschwellenden Streikbewegung die Impulse genommen werden sollten.

Daß zwischen realen Gewinnen und dem statistischen „Einkommen aus Unternehmertätigkeit“ klar unterschieden werden muß, ist den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten durchaus gegenwärtig. In ihrem Herbst-Gutachten bemerkte die Arbeitsgemeinschaft nämlich: „Die Unternehmen versuchen — zumeist mit Erfolg —, ihre Gewinnspannen zu verteidigen oder sogar auszuweiten.“ (Die Lage der Wirtschaft . . . S. 9)

Andererseits schlossen sich die gleichen Institute der konzentrierten Verschleierungsaktion dadurch an, daß sie die „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ einmal mehr als einzige Gewinngröße herausstellten, um nachträglich die Profitmaximierung als nicht existent zu behandeln. Dieses Bruttoeinkommen, an sich bloßer Unternehmer-„Lohn“, wurde für das 1. Hj. 1973 mit +12, für das 2. Hj. 1973 mit +9,5 Prozent gegenüber den beiden Halbjahren 1972 angegeben. Für 1973 wurden insgesamt +10,5 Prozent veranschlagt und für 1974 nur noch +7 Prozent. (Die Lage der Weltwirtschaft . . . Tabellenanhang.) Dieses Manöver hat den Sinn, die Gewerkschaften von vornherein zur tarifpolitischen Zurückhaltung zu verpflichten.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes markierte diese Linie vor. Von 1971 bis 1973 wurden folgende halbjährlichen Anstiegsraten ausgewiesen:

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1971, 1. Hj.	84,7	+ 3,1
2. Hj.	97,4	+ 3,8
1972, 1. Hj.	91,1	+ 7,5
2. Hj.	103,6	+ 6,3
1973, 1. Hj.	102,0	+ 12,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 528)

Das Wirtschaftsinstitut des DGB (WSI) stellt zu einer derartigen Ermittlung der Unternehmereinkommen u. a. fest: „Für die Höhe der Einkommen aus Unternehmertätigkeit . . . sind die Abschreibungen von besonderer Bedeutung. Je höher die Abschreibungen angesetzt werden, um so niedriger sind die ausgewiesenen Selbständigeneinkommen.“ (WSI-Mitteilungen, 9/1973, S. 344)

In der Tat steigt die gesamtwirtschaftliche Abschreibungssumme kontinuierlich an: 1969 64 Mrd., 1970 75 Mrd., 1971 85 Mrd., 1972 94 Mrd. DM. (Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 519.) Etwa ein Drittel der Abschreibungen dürften effektiver Profit infolge überhöhter Preise sein.

2.2 Nettogewinne

Noch umfangreicher heruntergesetzt als die Brutto- wurden die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“. Die Arbeitsgemeinschaft gab folgende halbjährliche Steigerungsraten jeweils zu den Vorjahrswerten an: 1. Hj. 1973 +7,9, 2. Hj. 1973 +5 Prozent, 1973 im Jahresdurchschnitt +6,5 Prozent; für 1974 werden +6 Prozent angenommen. (Die Lage der Weltwirtschaft . . . Tabellenanhang)

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden angegeben:

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1971, 1. Hj.	66,6	+ 1,8
2. Hj.	78,4	+ 3,7
1972, 1. Hj.	73,5	+ 10,2
2. Hj.	81,4	+ 3,9
1973, 1. Hj.	79,3	+ 7,9

(Quelle: Wirtsch. u. Statistik, 9/1973, S. 528)

Dieser Zuwachsrhythmus steht in enger Beziehung zu den „nichtentnommenen Gewinnen der Unternehmen“. Das bedeutet jedoch nicht — soweit sie veröffentlicht werden — deren Identität mit den tatsächlich zurückbehaltenen, steuerlich unbelasteten „stillen“ Gewinnen, sondern ein ungefähres Ausmaß der Summen, die nicht als Unternehmer-„Lohn“ ausgeschüttet werden. Tendenziell läßt sich bei einer Gegenüberstellung von „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ und amtlich veröffentlichten „nichtentnommenen Gewinnen“ zumindest herauslesen, wie die Optik der „Nettoeinkommen“ zustande kommt: je höher deren relative Zuwachsraten, desto mehr „stille“ Gewinne sind darüber hinaus der Verteilungsauseinandersetzung entzogen worden, wie deren relative Veränderung andeutet:

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und nichtentnommene Gewinne

	Nettoeinkommen Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %	Nichtentnommene Gewinne Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1969	124,4	+ 5,3	20,3	- 27,9
1970	141,0	+ 13,4	26,1	+ 28,7
1971	145,0	+ 2,8	17,1	- 34,4
1972	154,9	+ 6,8	12,9	- 24,7

(Quelle: Wirtsch. u. Statistik, 9/1973, S. 528)

In welche Größenordnung die Profite annäherungsweise wirklich hineinwachsen, erhellt die unternehmerische Innenfinanzierung, aus der die Vermögensakkumulation und Kapitalkonzentration hervorgeht. (s. Kzf. 4.1, 4.2)

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die lohnpolitische Entwicklung 1974 wird von der Arbeitsgemeinschaft folgendermaßen umrissen: „Die Unternehmen werden . . . versuchen, einen Teil der außertariflichen Leistungen auf die tariflichen Steigerungen anzurechnen. Die weniger angespannte Situation des Arbeitsmarktes dürfte dies erleichtern, die Effektivverdienste könnten also schwächer zunehmen als die Tarifverdienste . . . Selbst unter der Annahme weiterhin hoher Tariflohnvereinbarungen wird die Brutto Lohn- und -gehaltssumme im nächsten Jahr . . . deutlich schwächer steigen als in diesem.“ (Die Lage der Weltwirtschaft . . . S. 12 f.)

Unternehmen und Bundesregierung versuchten schon im Laufe des zurückliegenden Jahres den Eindruck zu erwecken, die Tarifbewegung sei „überspannt“ gewesen. Infolgedessen wird nun alles unternommen, die bevorstehenden Abschlüsse — derzeit stehen die Verhandlungen im Stahl- und Eisenbereich von NRW mit einer 15prozentigen Gewerkschaftsforderung an — erneut auf Raten unter 10 Prozent einzufrieren. Der Hinweis der Arbeitsgemeinschaft auf die Anrechnung der tariflichen Steigerungen auf die Effektivlöhne besagt in diesem Zusammenhang nichts anderes als die Strategie einer „Lohnpause“ einzuleiten; denn Abschlüsse nach dem Maßstab von 1973 würden aufgrund von Inflation und konfiskatorischer Umverteilung (s. Kzf. 3.2, 3.4) vor allem bei den Löhnen keinerlei Plus mehr erbringen.

Um die Gewerkschaften zur Unterwerfung unter diese Strategie zu zwingen, wird gewarnt: „Beide Tarifparteien sollten sich . . . in dieser Situation darüber im klaren sein, daß . . . durch ihr Fehlverhalten ein Beschäftigungseinbruch ausgelöst werden könnte . . . Für die Arbeitnehmer bedeutet dies — als Folge eines dann . . . unvermeidlichen Rückschlags in der Investitionsneigung — die Gefahr steigender Arbeitslosigkeit.“ (Die Lage der Weltwirtschaft . . . S. 14)

Dem ist entgegenzuhalten:

1. Würden sich die Gewerkschaften dieser Argumentation beugen, wäre das Ziel der Unternehmen praktisch kampflös erreicht: Lohn- ohne Preisstopp!
2. Aber selbst bei Tarifierhöhungen zwischen +10 und +15 Prozent brutto für 1974 würde wegen des weiterhin steigenden Preisniveaus (s. Kzf. 3.4) und der progressiven steuerlichen Belastung nicht einmal eine Kompensation der Reallohnverluste 1972/73 herauskommen. (s. Kzf. 3.5)
3. Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik müßte es jedoch sein, die 1973 entstandene Lücke zwischen Reallohn und realem Zuwachs des BSP zu schließen und diese Verteilungsstufe auch 1974/75 zumindest zu bewahren. Dazu wären aber Tariflohnsteigerungen von wenigstens +20 Prozent nicht nur verbal zu fordern, sondern auch durchzusetzen. Die IG Metall hat dabei, gestützt auf die bewiesene solidarische Kampfbereitschaft der Industriearbeiterschaft in ihrem Bereich schon zu Beginn des kommenden Jahres die Aufgabe, die dafür entscheidende Weichenstellung vorzunehmen.

Eine tarifliche Mindestanhebung von +20 Prozent ist schon deshalb notwendig, weil es 1972/73 erneut versäumt wurde,

die Spitzensätze der effektiven Entlohnung vertraglich abzusichern. Werden indessen Tariflohnsteigerungen auf die Effektivlöhne angerechnet, bedeutet dies eine unmittelbare Kürzung der Reallöhne.

	Tarifverdienste auf Monatsbasis		Effektivverdienste je Beschäftigten		Lohn drift auf Monatsbasis	
	Gesamtw.	Ind.	Gesamtw.	Ind.	Gesamtw.	Ind.
1972, 1. Hj.	+ 9,4	+ 9,2	+ 9,6	+ 10,3	+ 0,2	+ 1,1
2. Hj.	+ 9,2	+ 8,8	+ 9,2	+ 9,9	± 0	+ 1,1
3. Vj.	+ 8,8	+ 8,1	+ 8,3	+ 7,2	— 0,5	— 0,9
4. Vj.	+ 8,8	+ 8,1	+ 10,2	+ 11,3	+ 1,4	+ 3,2
1973, 1. Vj.	+ 9,3	+ 8,8	+ 11,5	+ 11,4	+ 2,2	+ 2,6
2. Vj.	+ 10,0	+ 9,7	+ 11,7	+ 11,2	+ 1,7	+ 1,5

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1973, S. 69*)

Nur infolge der positiven Lohn drift im 1. Hj. 1973 erfuhren die Bruttolöhne und -gehälter im 1. Hj. 1973 auf das 1. Hj. 1972 einen Anstieg um +12,1 Prozent, ein Durchschnittsergebnis, das in den Tarifabschlüssen der größeren Gewerkschaften nicht verankert wurde.

Und erneut scheint die IG Metall einen Gefälligkeitswechsel auf eine für die abhängig Beschäftigten sich abzeichnende ungünstige Verteilung in 1974 unterschreiben zu wollen, wenn sie bei Eisen und Stahl in NRW trotz ausgezeichneter Profit- und Auftragslage der Unternehmen nur + 15 Prozent mehr fordert, was in der Praxis einen Abschluß bedeuten dürfte, der nur wenig über dem „Stabilitätsbeitrag“ von 1973 hinausgeht.

Bruttolohn- und -gehaltssumme

	in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1971, 1. Hj.	164,7	+ 14,6
2. Hj.	180,3	+ 10,8
1972, 1. Hj.	179,5	+ 9,0
2. Hj.	196,7	+ 9,1
1973, 1. Hj.	201,6	+ 12,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 526)

Bruttolohn- und -gehaltssumme (monatlich) je durchschnittlich Beschäftigten

	in DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1971, 1. Hj.	1231	+ 13,2
2. Hj.	1336	+ 10,7
1972, 1. Hj.	1346	+ 9,4
2. Hj.	1460	+ 9,3
1973, 1. Hj.	1503	+ 11,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 527)

Für ihre künftige tarifpolitische Praxis wird den Gewerkschaften von der Arbeitsgemeinschaft empfohlen, statt eindeutig fixierter höherer Abschlüsse „Revisionsklauseln“ zu vereinbaren, die dann wirksam werden könnten, „wenn die Preisentwicklung ungünstiger verlief, als zur Zeit des Tarifabschlusses angenommen wurde“. (Die Lage der Weltwirtschaft . . ., S. 14)

Die Gefahr dieses Vorschlags dürfte unmißverständlich sein: Würden die Gewerkschaften dazu übergehen, die Verträge zu „revidieren“, rückte mit dem Hinweis auf die gefährdete Stabilität die Einschränkung ihrer Tarifautonomie in den Bereich des Möglichen.

3.2 Steuern und Abgaben

Die Kaufkraftabschöpfung durch Steuern und Abgaben nimmt immer schärfere Formen an. Dies gilt weniger für die Inve-

stitionssteuer, die Stabilitätsabgabe bei höheren Einkommen, die zeitweilige Aussetzung der degressiven Abschreibung oder der erhöhten Absetzungen nach § 7 b Einkommensteuergesetz, als vielmehr für den Progressionseffekt der Lohnsteuer sowie die angehobenen Sozialabgaben.

Das Ansteigen der Lohnsteuerquote (Lohnsteuer im Verhältnis zu Löhnen und Gehältern) von 12,70 in 1972 auf voraussichtlich 13,87 Prozent in 1973, der Krankenkassenbeiträge im Zeitraum vom 1. 9. 1972 bis 1. 9. 1973 von 8,47 auf 9,2 Prozent und zur gesetzlichen Rentenversicherung von 17 auf 18 Prozent (1973 zu 1972) schraubten die Gesamtabzüge von den Abhängigeneinkommen auf durchschnittlich 30 Prozent herauf. (Handelsblatt, 2./3. 11. 1973)

Einnahmen aus Massensteuern 1973/74 *)

	1973	Veränd. geg. d. Vorj. i. %	1974	Veränd. geg. d. Vorj. i. %
Lohnsteuer	61,2	+ 23,0	74,0	+ 20,9
Steuern vom Umsatz	51,2	+ 8,9	56,4	+ 10,2
Mineralölsteuer	16,5	+ 16,0	18,0	+ 9,1
Tabaksteuer	8,9	+ 13,7	9,3	+ 4,5
Branntweinmonopol	3,2	+ 9,7	3,3	+ 3,1

Einnahmen aus Gewinn- und Vermögensteuern 1973/74

	1973	Zunahme geg. d. Vorj. i. %	1974	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
Veranlagte Einkommensteuer	26,4	+ 14,1	28,4	+ 7,6
Körperschaftsteuer	10,2	+ 20,1	11,0	+ 7,8
Vermögensteuer	3,4	+ 13,6	4,2	+ 23,5

(Quelle: BMF Finanzbericht 1974, S. 62)

*) geschätzt

Die „stabilitäts“wirksamen Beiträge der 10prozentigen Investitionssteuer und des Stabilitätszuschlags auf höhere Einkommen sollen 1973/74 in folgenden Aufkommen liegen:

Investitionssteuer	9,5 Mrd. DM = 7 Prozent der Lohnsteuer
Stabilitätszuschlag	4,8 Mrd. DM = 3,6 Prozent der Lohnsteuer

Zu den für 1974 weiterhin geschätzten Positionen ist anzumerken, daß

- das weitere Anschwellen der Lohnsteuer um rd. 13 Mrd. DM selbst angesichts angenommener und geplanter Stagnation der Löhne und Gehälter insgesamt erfolgt,
- der voraussichtlich kräftige Anstieg der Steuern vom Umsatz und vom Verbrauch (hier: Mineralöl-, Tabaksteuer, Branntweinmonopol) um ca. +7,2 Mrd. DM abermals die Abhängigenominaleinkommen und Renten empfindlich reduzieren wird, infolge der anstehenden Verteuerung von Mineralölprodukten sogar über diese Schätzung hinaus,
- die sich abschwächende Steigerung der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer dagegen Profite und Unternehmer-„Lohn“ einmal mehr nachhaltig entlastet.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Inwieweit die Bruttoabhängigeneinkommen ihren verteilungspolitischen Maßstab praktisch verloren haben, spiegelt die Gegenüberstellung mit dem Nettoeinkommen aus abhängiger Arbeit wider.

Löhne und Gehälter

	Brutto	Zunahme geg. d. Vorj. i. %	Netto	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
	Mrd. DM		Mrd. DM	
1971, 1. Hj.	164,7	+ 14,6	126,7	+ 11,1
2. Hj.	180,3	+ 10,8	135,5	+ 10,0
1972, 1. Hj.	179,5	+ 9,0	139,9	+ 10,5
2. Hj.	196,4	+ 9,1	146,0	+ 7,8
1973, 1. Hj.	201,6	+ 12,3	151,5	+ 8,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 526)

Mit einem 8,3prozentigen Zuwachs der Nettolöhne und -gehälter insgesamt gegenüber dem 1. Hj. 1972 konnte im 1. Hj. 1973 keine Rede mehr von einer Realeinkommensverbesserung sein. Daß für größere Teile der Arbeiterklasse sogar eine Reallohnsenkung die Konsequenz dieser zweiten, der staatlichen Mehrwertaneignung gewesen war, ist indirekt aus der Veränderungsrate der Nettolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigten zu ersehen.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten

	monatlich in DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1971, 1. Hj.	947	+ 9,8
2. Hj.	1004	+ 9,8
1972, 1. Hj.	1050	+ 10,9
2. Hj.	1084	+ 7,9
1973, 1. Hj.	1127	+ 7,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 527)

Es handelt sich hierbei um ein Durchschnittsentgelt, wie es bei gleichmäßiger Verteilung auf alle im Mai 1973 gezählten 22.437 Mio. abhängig Beschäftigten entfallen würde. Nun gibt es aber nicht nur Abstufungen bei den Löhnen, d. h. bei den individuellen Arbeiterentgelten, sondern noch größere zwischen diesen einerseits, den Gehältern von Angestellten und Beamten andererseits. Nach der Volks- und Berufszählung 1970 teilten sich 13.645 Mio. Arbeiter in eine Nettolohnsumme von 124 Mrd. DM, 8.555 Mio. Angestellte und Beamte in eine Nettogehaltssumme von 113,1 Mrd. DM. Die Nettolohn- und -gehaltssumme insgesamt betrug demnach 237,1 Mrd. DM. Das Arbeitseinkommen netto je Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug im Durchschnitt 890 DM monatlich. Wird indes differenziert, so kamen auf jeden Arbeiter aufgrund der Lohnsumme im Durchschnitt 757 DM, auf jeden Angestellten und Beamten entsprechend der Gehaltssumme 1102 DM. Der durchschnittliche Arbeiterlohn lag somit erheblich unter, das Durchschnittsgehalt über der statistischen ungewogenen Pro-Kopf-Summe. (Angaben nach DIW-Wochenbericht, 21. 6. 1973, S. 218, 220)

Inzwischen hat sich die Lohn- und Gehaltssumme natürlich erhöht, ausschlaggebend dürften sich die Lohn-Gehalt- sowie die Einkommensbezieher-Relationen nicht verschoben haben.

3.4 Preise

Nach dem alten Maßstab der Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung auf der Basis 1962 = 100 stiegen die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von September 1972 bis September 1973 um +6,4 Prozent; nach der neu eingeführten Berechnungsgrundlage 1970 = 100 um +6,2 Prozent. Gegenüber der Verteuerung im August d. J. (+7,2 Prozent; 1962 = 100) ließ der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe mithin nach.

Die Bundesregierung führt die Verlangsamung des Inflations tempos auf die Auswirkungen ihres 2. Stabilitätsprogramms zurück. Ein dauerhafter Erfolg dieses Programms wäre aber nur dann erreicht, wenn der Preisrückgang langfristig anhal-

ten würde, ohne parallele Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Schon in diesen Monaten zeichnet sich jedoch ab, daß in der Bundesrepublik eine Scheinstabilität angestrebt werde: es wird versucht, eine Verlangsamung der Inflation durch rigorose Beschneidung der Einkommen und des Verbrauchs der Arbeiterklasse herbeizuführen, wenn nötig auch durch Ausdehnung der Arbeitslosigkeit.

Zwar gerät die Vollbeschäftigung zunehmend in Gefahr, aber der Erfolg auf eine langfristige Überwindung der Inflation scheint auszubleiben. Die Arbeitsgemeinschaft sieht voraus: „Der Preisindex für die Lebenshaltung wird . . . nicht viel langsamer als im Durchschnitt des Jahres 1973 steigen.“ (Die Lage der Weltwirtschaft . . ., S. 13.) Der ifo-Konjunkturtest vom September 1973 läßt denn auch erkennen, daß in jedem Industriezweig mit Preisauftriebenden in den nächsten Monaten zu rechnen ist, dies gilt vornehmlich für den Verbrauchsgüterbereich. (ifo Schnelldienst, 43/1973, S. 3)

Der Index industrieller Produkte im Inlandabsatz lag im Oktober 1973 auf Oktober 1972 schon um +7,2 Prozent höher, im September noch um +6,9 Prozent. (Handelsblatt, 16. 11. 1973.) Die nächste Preiserhöhungswelle steht also unmittelbar bevor.

Nun scheinen als bisher nicht einkalkulierbarer Inflationsfaktor heftige Preissprünge bei Mineralöl und Mineralölerzeugnissen die Lebenshaltung empfindlich zu verteuern. Gerade deshalb müßte die staatliche Wirtschaftspolitik im dringenden Interesse der großen Mehrheit der Verbraucher bei der verarbeitenden Industrie sofort zu Preiskontrollen mit Sanktionsmaßnahmen übergehen, die auch auf die Mineralölgesellschaft ausgedehnt werden müßten.

Zuvor allerdings müßte die Bundesregierung dazu gezwungen werden, die für Mitte 1974 geplante krasse Erhöhung der Postgebühren ersatzlos zu streichen sowie ihre Steuerpolitik zugunsten einer Anhebung der realen Kaufkraft der Löhne und Durchschnittsgehälter bereits zu Beginn des kommenden Jahres zu ändern.

Des weiteren sollte sie unverzüglich ein gesetzliches Verbot der nach dem neuen Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen erlaubten Preisempfehlungen erwirken, deren Zahl Ende 1972 auf über 400 000 angestiegen ist und das Verbot der Preisempfehlungen zur Farce macht. (Quelle: Bundestag, Drucksache 7/986, S. 170)

Preisentwicklung bis Oktober 1973 (Index, 1962 = 100, alle privaten Haushalte)

	Lebenshaltungsk. Insg.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrzeuge, Fahr.	Fremde Verkehrsmittel
1972	137,9	183,1	143,7	119,0	142,2
1972, August	138,2	184,1	143,0	119,1	142,5
September	139,6	185,2	144,7	119,7	142,7
Oktober	140,4	186,2	147,0	119,8	142,8
1973, August	148,1	194,5	159,0	124,7	156,8
September	148,5	195,2	161,3	124,8	157,1
Oktober *)	120,3	—	—	—	—

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 10/1973, S. 596*, 598*; Handelsblatt, 14. 11. 1973)

*) 1970 = 100

Somit wurde im Oktober d. J. im Vorjahresvergleich eine Teuerungsrate von +6,6 Prozent gemessen.

Von September 1972 bis September 1973 erhöhten sich die Indizes für

- die Lebenshaltung aller Haushalte insgesamt um + 6,4 Prozent
- Wohnungsmiete um + 5,4 Prozent
- Elektrizität, Gas, Brennst. um + 11,5 Prozent

- Kraftfahrzeuge, Fahrräder um + 4,3 Prozent
- Fremde Verkehrsleistungen um + 10,1 Prozent

Der Preisindex für die Lebenshaltung der verschiedenen Verbrauchergruppen stieg von Oktober 1972 bis Oktober 1973 für

- den 4-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen um + 6,5 Prozent
- den 4-Personen-„Arbeitnehmer“-Haushalt mit mittlerem Einkommen um + 6,3 Prozent
- den 2-Personen-Rentnerhaushalt um + 6,2 Prozent

3.5 Realeinkommensentwicklung

Je durchschnittlich abhängigen Beschäftigten entfielen im 1. Hj. 1973 1503 DM Lohn oder Gehalt.

Bei einem Ledigen ergäben sich nach diesem Entgelt Abzüge von insgesamt 510,68 DM: Lohnsteuer 271,60, Kirchensteuer 27,16, Sozialbeiträge 211,92 DM. Es verblieben an ausgabe-fähigem Arbeitseinkommen 992,32 DM; im 1. Hj. wären es 915,12 DM gewesen. Damit wäre bis im 1. Hj. 1973 eine Steigerung von +8,4 Prozent erzielt worden.

Im Juni 1973 zog der Index für die Preise der Lebenshaltung (alle Haushalte) gegenüber Juni 1972 um +7,9 Prozent an. Mithin hätte sich in diesem statistischen Fall eine Realeinkommensanhebung von +0,5 Prozent ergeben.

Bei einem Verheirateten mit 1 Kind errechneten sich ebenfalls beim unterstellten Durchschnittslohn oder -gehalt ein Zuwachs von +0,5 Prozent, wobei nicht die einfache Lebenshaltung eines Kindes (Juni 1973 / Juni 1972 + 9,9 Prozent) berücksichtigt wurde.

Die von der Bundesregierung verbreitete Behauptung, 1973 würde eine reale Erhöhung der Abhängigenarbeitsentgelte bis zu +3 Prozent gegenüber 1972 erreicht werden, erscheint jedenfalls für die Löhne und Durchschnittsgehälter (vgl. Kzf. 3.3) nur dann plausibel, wenn im 2. Hj. 1973 eine spürbare Heraufsetzung stattfinden würde. Nach Lage der Dinge ist damit nicht zu rechnen.

3.6 Arbeitszeit

Daß die Möglichkeit zu Überstunden in der Industrie über das 1. Vj. 1973 hinaus nicht mehr gegeben sein dürfte, ergibt sich aus der Abnahme der geleisteten Arbeiterstunden im April sowohl im Vormonats- als auch Vorjahresvergleich. Von März auf April d. J. nahm sie um -5,9, von April 1972 auf April 1973 um -0,6 Prozent ab.

Betriebe, Arbeiter und geleistete Arbeitsstunden in der Industrie

	Betriebe	Arbeiter in Mio.	Abnahme geg. d. Vorj. i. %	Arbeiterstunden Mio.	Veränd. i. % geg. d. Vor- monat	Veränd. i. % Vorj.
1973, Januar	55 449	6,074	—1,5	946	+7,0	+2,3
Februar	55 529	6,101	—0,9	926	—2,1	—0,7
März	55 570	6,107	—0,7	973	+5,1	—1,8
April	55 538	6,104	—0,3	916	—5,9	—0,6

(Quelle: Arbeits- u. sozialstatistische Mitteilungen, 8, 9/1973, S. 1276)

Im April d. J. wurden 43 bezahlte Wochenstunden gearbeitet, im Januar 42,5.

3.7 Aufwendungen für Freizeit und Urlaub

Daß die Argumentation gegen höhere Anteile der Arbeiterklasse am Sozialprodukt mit dem Begriff der „Anspruchsinflation“ verbunden wird, verfälscht die Tatsachen über die Lebenslage des Großteils der Bevölkerung in der BRD. Dies läßt sich durch einen Vergleich von Aufwendungen der drei Haushaltstypen für Freizeitgüter belegen.

Aufwendungen privater Haushalte für Freizeitgüter je Haushalt und Monat 1971

	Haushaltstyp *)			Haushaltstyp		
	1	2	3	1	2	3
	DM			%		
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Broschür.	10,64	27,74	63,07	29,2	17,0	18,5
Fernsehen, Rundfunk, Phono	8,77	23,74	37,88	24,1	14,6	11,1
Kraftfahrzeuge	1,38	22,40	46,50	3,8	13,7	13,7
Sport, Camping	0,84	16,24	29,93	2,3	10,0	8,8
Spiele, Spielzeug	0,69	9,03	12,25	1,9	5,5	3,6
Kino, Theater, Konzert u. ä.	0,41	4,11	9,65	1,1	2,5	2,8
Freizeitgüter (ohne Urlaub)	29,07	119,53	230,17	79,9	73,3	67,7
Urlaub	7,31	43,59	109,89	20,1	26,7	32,3
Insgesamt	26,38	163,12	340,06	100,0	100,0	100,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 5/1973, S. 325)

*) Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalt von Rentnern, u. Sozialhilfeempfängern
Haushaltstyp 2: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen
Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen

Im Grunde genommen ist an den Ergebnissen dieser Erhebung das Faktum des Bildungsmonopols in unserer Gesellschaft abzulesen: die Bildungseinrichtungen mögen für alle formal gleich zugänglich sein, es mögen auch Stipendien gewährt werden, aber entscheidend ist die materielle Voraussetzung kontinuierlicher Bildung und Ausbildung im Elternhaus solange es noch keine allgemein eingeführten Ganztagschulen gibt.

Monatliche Ausgaben von ca. 28 DM für Bücher, Broschüren, Zeitschriften beim Haushaltstyp 2 gegenüber 63 DM beim Typ 3 je Monat oder von wenig über 4 DM für Kino, Theater, Konzert beim ersteren, hingegen 9,65 DM beim letzteren Haushaltstyp sind Indikatoren genug für die geringeren Bildungsmöglichkeiten vorerst einmal der Kinder, dann jedoch auch — im Hinblick auf die Weiterbildung — der Erwachsenen vor allem der Arbeiterklasse.

Daß das Interesse an der Realisierung von Bildungsmöglichkeiten beim Haushaltstyp 2 und 3 im Prinzip nicht unterschiedlich ist, kann anhand der prozentualen Anteile ermittelt werden: für Bücher, Zeitschriften usw. 17 Prozent beim Haushaltstyp 2, 18,5 Prozent beim Haushaltstyp 3; für Kino, Theater usw. 2,5 Prozent beim Typ 2, 2,8 Prozent beim Typ 3.

Schließlich die Ausgaben für den Urlaub: 43,59 DM beim Typ 2 sind schon minimal genug, 7,31 DM beim Typ 1 kann man nicht mehr als menschenwürdig bezeichnen, ca. 100 DM monatlich beim Typ 3 eröffnen demgegenüber ganz andere Variationsbreiten der Urlaubsgestaltung und -dauer.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Die Einkommenszurechnung für die abhängig Beschäftigten, hier der Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme am kaufbaren Sozialprodukt belief sich vom 1. Hj. 1971 bis zum 1. Hj. 1973 auf:

	NSP zu Marktpreisen		Nettolohn- u. -gehaltssumme		%o-Anteil der Netto-lohn- u. -gehalts- am NSP	
	Mrd. DM	%o-Zu-nahme z. Vorj.	Mrd. DM	%o-Zu-nahme z. Vorj.	Anteil	%o-Ver-änd. z. Vorj.
1971, 1. Hj.	320	+11,6	127	+11,1	39,7	-0,3
2. Hj.	353	+ 9,1	136	+10,0	38,5	+0,1
1972, 1. Hj.	350	+ 9,2	140	+10,5	40,0	+1,0*
2. Hj.	386	+ 9,1	146	+ 7,8	37,8	-1,0
1973, 1. Hj.	393	+12,3	152	+ 8,3	38,7	3,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1973, S. 526, 532)

*) Einschließlich des rückzahlbaren Konjunkturzuschlags

Je schwächer der Anteil der Abhängigen am Sozialprodukt, desto mehr entfällt auf die anderen gesellschaftlichen Sektoren, auf Staat und Unternehmen.

Letztere akkumulierten Finanzierungsmittel in nachstehender Größenordnung nach Abzug der Privatentnahmen von den „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“:

Unternehmen (ohne Banken und Wohnungswirtschaft)

	Nichtentnommene Gewinne	Vermögensübertragung	Abschreibungen	Eigene Finanzierungsmittel
	in Mrd. DM			
1971, 1. Hj.	12,5	7,5	39,4	59,4
2. Hj.	4,5	11,1	41,4	57,0
1972, 1. Hj.	12,3	10,2	43,2	65,7
2. Hj.	0,7	13,1	45,4	59,2
1973, 1. Hj.	10,9	10,9	47,4	69,5

Staat (Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben in Mrd. DM)

1971, 1. Hj.	19,8
2. Hj.	22,1
1972, 1. Hj.	14,0
2. Hj.	24,4
1973, 1. Hj.	25,2

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1973, S. 19, 24)

Der rasche Mittelzufluß bei den Unternehmen wirkte sich in tendenziell höheren Selbstfinanzierungsquoten aus: Sie betrugen als eigene Finanzierungsmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen: 1971 68,6, 1972 73,7, 1. Hj. 1973 79,1. (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1973, S. 19)

Aber auch die private Lebensgestaltung der Unternehmerklasse entwickelt sich weitaus großzügiger als die der Abhängigen. Die Privatentnahmen und Vermögenseinkommen betrugen: 1972, 1. Hj. 58,4 Mrd. DM (+14,6 Prozent zum entsprechenden Vorjahrszeitraum), 2. Hj. 76,9 Mrd. DM (+10,2 Prozent); 1973 1. Hj. 65,7 Mrd. DM (+12,7 Prozent).

4.2 Vermögensakkumulation

Die vermehrte Finanzakkumulation bei den Unternehmen führt letztlich zu einer beschleunigten Kapitalkonzentration und -zentralisation, Aufsaugung gesellschaftlich erarbeiteter Vermögenswerte durch eine Minderheit privater Produktionsmitteleigentümer.

Da dieser Trend eine Verschärfung der Klassengegensätze in sich birgt, versucht der Staat mittels des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ durch eine „Fusionskontrolle“ der Konzentration entgegenzuwirken. Vom Bundeskartellamt wurden von 1966 bis 1972 1135 meldepflichtige Zusammenschlüsse von Unternehmen registriert, darunter 348 sog. große, wobei das erworbene Unternehmen eine Bilanzsumme von mindestens 25 Mio. DM, bei Kreditinstituten mindestens 150 Mio. DM und bei Versicherungen eine jährliche Prämieinnahme ab 50 Mio. DM aufweisen muß. Danach konzentrierten die 348 „großen“ Zusammenschlüsse eine er-

worbene Bilanzsumme von ca. 94 Mrd. DM auf sich (Bericht des Bundeskartellamtes 1972, S. 38). 1973 dürfte die 100-Mrd.-DM-Grenze übersprungen sein; denn allein im 1. Vj. wurden schon insgesamt 98 Zusammenschlüsse angezeigt (Presse- und Informationsamt d. Bundesregierung, Aktuelle Beiträge, 71/1973, S. 2).

Das Konzentrationstempo ging mit der zunehmenden Inflation einher.

„Große“ Zusammenschlüsse seit 1966

	Insg.	Unternehmen ohne Kredit- u. Versicherungsinstitute	Kreditinstitute	Versicherungen
	Anzahl Bilanzsu. in Mrd. DM	Anzahl Bilanzsu. in Mrd. DM	Anzahl Bilanzsu. in Mrd. DM	Anzahl Bilanzsu. in Mrd. DM
1966	12	12	2,2	—
1967/68	36	36	3,0	—
1969/70	156	137	12,5	7
1971/72	144	111	7,4	4
	348	296	25,1	11

4.3 Staatliche Umverteilung

Die finanziellen Überschüsse der öffentlichen Hand läßt die Reallöhne weiterhin stagnieren. Daher erwarten die abhängig Beschäftigten vom Staat konsequenterweise die Ausdehnung der sozialen Leistungen, strukturelle Verbesserungen auf den Gebieten Bildung, Ausbildung, Krankenversorgung, Kinder- und Jugendwohlfahrtsförderung, des Städtebaus, des Personennahverkehrs.

Aufschluß über Richtung und Umfang der staatlichen Umverteilung gibt einmal mehr der Bundeshaushaltsentwurf für 1974.

- Der Entwurf sieht ein Ausgabenvolumen von 134,4 Mrd. DM vor, das sind rd. 12,8 Mrd. DM mehr (+10,5 Prozent) gegenüber 1973. Die Dotierung der Einzeletats läßt erkennen, daß der Ausbau der sozialen Infrastruktur im Sinne der sog. inneren Reformen sein Ende gefunden hat.
 - Der Schwerpunkt liegt wiederum bei den Rüstungsausgaben. Nach außen hin sind rd. 33,9 Mrd. DM (= 25,2 Prozent des Gesamthaushalts) veranschlagt worden, doch nicht darin enthalten sind die von den USA geforderten 6 Mrd. DM Stationierungskosten, die für die anderen ausländischen Truppen und die Ausgaben für die soziale Versorgung des Bundeswehrpersonals, die von 1974 an in den Einzelplan „Versorgung“ (Ansatz 6 Mrd. = +1,3 Mrd. DM auf 1973) eingestellt werden. Somit wären für Rüstungsfinanzierung beträchtlich mehr als die erwähnten 25 Prozent aufzubringen.
 - Innerhalb des Verkehrsetats (Ansatz 18,2 Mrd. = +1,4 Mrd. DM) interessiert die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden und des öffentlichen Personennahverkehrs: die Aufstockung hierfür beträgt 0,2 Mrd. DM.
 - Im Rahmen des Etats „Raumordnung, Bauwesen, Städtebau“ (Ansatz 3,8 Mrd. = +0,2 Mrd. DM) sollen die Ausgaben für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Städten 0,1 Mrd. DM betragen.
 - Die Etats „Jugend, Familie, Gesundheit“ (Ansatz 4,8 Mrd. = +0,05 Mrd. DM) und „Bildung, Wissenschaft“ (Ansatz 3,8 Mrd. = 0,5 Mrd. DM) enthalten keine nennenswerten Umstrukturierungen zugunsten der Abhängigen.
- Besonderen Einblick in die Umverteilung zu ihren Ungunsten vermittelt die mit 0,07 Mrd. DM ausgewiesene Förderung der beruflichen Bildung. (Alle Angaben nach BMF, Finanzbericht 1974, S. 107, 110 f.)

Der bevorstehende Ausgabenfluß im Zuge konjunktureller Belebnungsmaßnahmen (s. Kzf 1.4) läuft abermals auf eine indirekte Subventionierung der privaten Unternehmen wie nach der Krise 1967 hinaus.

Direkt subventioniert wurden die gewerblichen Unternehmen in der BRD 1973 nach dem offiziellen Subventionsbericht der

Bundesregierung mit 10,1 Mrd. DM, davon 7,2 Mrd. durch Steuervergünstigungen, 2,9 Mrd. durch direkte Zuwendungen. Die Landwirtschaft erhielt insgesamt 6,6 Mrd. DM, 2,1 Mrd. Steuervergünstigungen, 4,5 Mrd. an direkten Zuwendungen. (Handelsblatt, 8. 11. 1973)

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervor-

stechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr. Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1 BSP in				
a) jeweiligen Preisen	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 12,1	1.1
b) Preisen von 1962	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 6,0	1.1
2 Industrieproduktion				
a) Index (1962 = 100)	September 1973	%	188	1.2
b) gegenüber dem Vorjahr	September 1973	%	+ 11,2	1.2
3 Industrieumsatz insgesamt gegenüber dem Vorjahr	August 1973	%	+ 12,0	1.2
4 Auslandsumsatz der Industrie gegenüber dem Vorjahr	August 1973	%	+ 22,3	1.2
5 Auftragseingang der Industrie				
a) insgesamt gegenüber dem Vorjahr	September 1973	%	+ 11,8	1.2
b) Auslandsaufträge gegenüber dem Vorjahr	September 1973	%	+ 41,0	1.2
c) Inlandsaufträge gegenüber dem Vorjahr	September 1973	%	+ 2,8	1.2
6 Exportüberschuß				
a) absolut	Januar/September 1973	Mrd. DM	22,8	1.3
b) gegenüber dem Vorjahr	Januar/September 1973	%	75,4	1.3
7 Währungsreserven, netto	September 1973	Mrd. DM	98,2	1.3
8 Arbeitslose	Oktober 1973	Tsd.	267	1.5
9 Beschäftigte in der Industrie				
a) absolut	August 1973	Mio	8,42	1.5
b) gegenüber dem Vorjahr	August 1973	%	+ 0,9	1.5
10 Industrieumsatz je Beschäftigten				
a) absolut	1. Hj. 1973	DM	6500	1.6
b) gegenüber dem Vorjahr	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 12,1	1.6
11 Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern				
a) Gesamtwirtschaft	2. Vj. 1973/2. Vj. 1972	%	+ 1,7	3.1
b) Industrie	2. Vj. 1973/2. Vj. 1972	%	+ 1,5	3.1
12 Lohnsteuer (geschätzt)	1973/1972	%	+ 23,0	3.2
13 Steuern vom Umsatz (geschätzt)	1973/1972	%	+ 8,9	3.2
14 Körperschaftsteuer (geschätzt)	1973/1972	%	+ 20,1	3.2
15 Veranlagte Einkommensteuer (geschätzt)	1973/1972	%	+ 14,1	3.2
16 Bruttolöhne und -gehälter	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 12,3	3.3
17 Nettolöhne und -gehälter	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 8,3	3.3
18 Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
a) Index (1970 = 100)	Oktober 1973	Pkt.	120,3	3.4
b) gegenüber dem Vorjahr	Oktober 1973	%	6,6	3.4
19 Realeinkommensveränderung aufgrund des Durchschnittslohns, -gehalts je Beschäftigten	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	+ 0,5	3.5
20 Geleistete Arbeiterstunden (Industrie)				
a) gegenüber dem Vormonat	April 1973	%	- 5,9	3.6
b) gegenüber dem Vorjahr	April 1973	%	- 0,6	3.6
21 Nettolohn- und -gehaltquote	1. Hj. 1973/1. Hj. 1972	%	38,7	4.1
22 Eigenfinanzierungsmittel der privaten Unternehmen	1. Hj. 1973	Mrd. DM	69,5	4.1
23 Selbstfinanzierungsquote	1. Hj. 1973	%	79,1	4.1

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßzahl, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Index-

punkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt. Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „..“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.